



## Informationsvorlage 02 / 2013

Erweiterte Vorstandssitzung, 19.09.2013

---

### Hochwasser 2013

1. Chronik der Ereignisse um das Hochwasser 2013 in Sachsen-Anhalt
2. Beeinträchtigungen für die Landwirtschaft
3. Öffentlichkeitsarbeit
4. Solidarische Hilfe
5. Schorlemer Stiftung des Deutschen Bauernverbandes
6. Staatliche Hilfen
7. Vorläufige Schlussfolgerungen



## 1. Chronik der Ereignisse um das Hochwasser 2013 in Sachsen-Anhalt

Das Hochwasser in Mitteleuropa von Ende Mai und Anfang Juni 2013 wurde durch tagelange Regenfälle verursacht. Insgesamt kam es in sieben Staaten zu schweren Überflutungen.

Der gesamte Frühling 2013 war in Zentraleuropa verregnet und hatte spät begonnen. Der Mai war gebietsweise der niederschlagreichste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen gewesen.

Enorme Niederschläge, örtlich bis zu 400 mm in vier Tagen gab es im Nordstau der Alpen und auch im Erzgebirge-Sudeten-Bogen. Die vollständig gesättigten Böden und die durchweg gefüllten Überflutungspuffer konnten kaum mehr Wasser aufnehmen. Laut Berechnungen des Deutschen Wetterdienstes sind alleine in den betroffenen Bundesländern Bayern, Sachsen, Thüringen und Hessen in den vier Tagen des Starkregens zwischen 30. Mai und 2. Juni insgesamt 13,4 Milliarden Kubikmeter Niederschlag aufgezeichnet worden.

In Deutschland hat das Hochwasser vor allem die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen getroffen: Zahlreiche Flüsse traten über ihre Ufer und auch andere größere deutsche Flusssysteme führten Hochwasser. In 55 Landkreisen musste Katastrophenalarm ausgerufen werden, vor allem in Bayern, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

In Sachsen-Anhalt wurden viele Gebiete rund um die Saale überflutet, darunter Halle (Saale), Zeitz, Merseburg, Weißenfels, Naumburg, Bernburg (Saale) und auch Bad Dürrenberg. Zugleich führten auch Unstrut, Weiße Elster, Mulde, Elbe, Havel und andere größere und kleinere Flüsse Hochwasser.

Am 3. Juni wurde das Pretziener Wehr geöffnet, das zu den Hochwasserschutzanlagen für Magdeburg und Schönebeck zählt und einen Teil des Elbwassers an den Städten vorbeileitet. In den ersten Tagen wurden je über 1.000 Einwohner in Zeitz (Weiße Elster; 3. Juni 2013), Jeßnitz (Mulde; 3. Juni 2013) und Bitterfeld (Mulde; 4. und 7. Juni 2013) evakuiert. In Zeitz wurde am 3. Juni mit 6,52 m der höchste je gemessene Pegel der Weißen Elster erreicht. Eine akute Gefährdung entstand für Bitterfeld durch den Seelhausener See. Dieser lief durch den Dambruch in Roitzschjora schnell voll. Um zu verhindern, dass er in den Großen Goitzschensee überläuft und somit Bitterfeld akut bedroht, mussten das Technische Hilfswerk und die Bundeswehr am 4. und am 6. Juni Deich-Sprengungen zur seitlichen Entlastung gen Mulde vornehmen.

In Halle (Saale), wo die Weiße Elster in die Saale mündet, überschritt der Saalepegel in Halle-Trotha in den frühen Morgenstunden des 5. Juni die 8-m-Marke und übertraf damit die bisherige Höchstmarke von 7,00 m vom 15. März 1947. Es ist das höchste Hochwasser seit Inbetriebnahme der Saaletalsperren und sogar das höchste seit dem 25. November 1890, als die Saale in Halle, umgerechnet auf den heutigen Pegel Halle-Trotha UP, auf 10,10 m stieg. Der höchste Pegelstand am 5. Juni war 8,10 Meter.

In Bernburg (Saale) wurde der bisher gemessene höchste Wasserstand (Januar 2011: 5,84 Meter) am 5. Juni 2013 erreicht. Am Morgen des 6. Juni stand er bei 6,44 m und stieg bis auf 6,50 m. Es kam zur Überflutung von Teilen der Talstadt. Im Zoo der Stadt ertranken Hirsche und Wildschweine. Im Umfeld der Stadt Könnern waren Evakuierungen notwendig.

In Nienburg (Saale), wo die Bode in die Saale mündet, war zeitweise das Kloster bedroht. Einschränkungen und Überschwemmungen gab es auch in zahlreichen kleineren Orten. So konnte das Klärwerk in Leuna (Saale) nur eingeschränkt arbeiten. In einigen Städten zeigte der Deichschutz Erfolge, etwa in Merseburg oder Bad Dürrenberg. In Calbe (Saale) nahe der Mündung der Saale in die Elbe drohte ein Rückstau die Hochwasserlage zu verschärfen, so dass eine Evakuierung eingeleitet wurde, nachdem das Hochwasser das Rathaus erreicht hatte. Der höchste Pegelstand der Saale lag hier am Abend des 6. Juni bei 9,64 Meter.

Entlang der Elbe wurde ab dem 5. Juni Katastrophenalarm ausgelöst. Anders als bei dem Elbehochwasser 2002 kam diesmal noch das massive Saale-Hochwasser hinzu. Auch die Havel führt Hochwasser, so dass man in Havelberg schnell noch Dämme aufzustocken versucht.

Nach einem Dambruch mussten am Morgen des 7. Juni auch in Elster (Elbe) knapp 2.200 Menschen in Sicherheit gebracht werden.

Am Morgen des 7. Juni wurde in Magdeburg der Höchststand des Elbehochwassers von 2002 (6,72 m) erreicht und im Laufe des Tages bei weitem überschritten. Mehrere Bahnverbindungen mussten eingestellt werden, etwa bei Wittenberg oder zwischen Magdeburg und Schönebeck.

Am 8. Juni mussten die Deiche in Magdeburg bereits auf einer Länge von knapp 20 km gegen die Wassermassen verteidigt werden. Bewohner einzelner Stadtteile wurden zum Verlassen aufgefordert. In Schönebeck drang Wasser in die Altstadt ein, so dass einige Hundert Einwohner in Sicherheit gebracht werden mussten. Auch in Wittenberg und dem Umland von Wolmirstedt wurde mit Evakuierungen begonnen. Aus der Stadt Aken sowie der Umgebung der Stadt wurden wegen Schäden an lokalen Deichen über 10.000 Menschen in Sicherheit gebracht.

Am Morgen des 9. Juni wurde die Zugverbindung Richtung Berlin in Magdeburg unterbrochen, da die Strecke über die Elbe gesperrt werden musste. Auch die ICE-Strecke über Stendal wurde später gesperrt. Wenige Stunden später brach ein Deich bei Klein Rosenberg. Am Nachmittag wurden die Magdeburger Stadtteile östlich der Elbe vorsorglich geräumt. Betroffen waren rund 23.000 Menschen in Cracau, Prester, Pechau und Randau-Calenberge. Der Höchststand der Elbe wurde am 9. Juni bei 7,48 m gemessen, 76 cm höher als im Jahr 2002. In der Nacht vom 9. auf den 10. Juni brach der Elbedeich bei Fischbeck nahe Tangermünde im Landkreis Stendal, was u. a. die Überflutung der Orte Fischbeck, Kabelitz und ihrer Umgebung zur Folge hatte, gleichzeitig aber an anderen Stellen der Elbe für ein leichtes Absenken des Wasserpegels sorgte. Ab dem 12. Juni musste auch Wust im Landkreis Stendal evakuiert werden, da der Ort trotz der Entfernung von neun Kilometern zur Elbe nicht mehr vor den Wassermassen zu beschützen sei. Am 15. Juni wurden zwei Schuten vor der Deichbruchstelle durch Sprengen versenkt, um somit das etwa 90 Meter breite Leck im Deich zu verkleinern und es danach besser schließen zu können. Zwei Tage später wurde dort eine dritte Schute auf Grund gesetzt. Tagelang strömten bis zu rund 1.000 m<sup>3</sup> je Sekunde aus und überfluteten im Elbe-Havel-Winkel etwa 220 km<sup>2</sup>.

## **2. Beeinträchtigungen für die Landwirtschaft**

Durch die Landwirtschaft gab es die ersten Beeinträchtigungen durch die stark angestiegenen Flusspegel der Elster, Saale und Unstrut und in der Folge durch Elbe, Schwarze Elster, Mulde und Havel. Besondere Betroffenheit entstand zunächst entlang der Flussauen von Weißer Elster, Saale, Mulde und Ohre und dann durch Deichbrüche großflächig im Elbe-Elsterwinkel, im Elbe-Saalewinkel und im Elbe-Havelwinkel.

Insgesamt wurden Mitte Juni rund 115.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche als vom „Hochwasser betroffen“ gemeldet.

Der Zeitpunkt der Überschwemmungen war im Gegensatz zum Hochwasser 2002 deutlich früher und damit vor der Ernte.

Nur beim Grünland war zu diesem Zeitpunkt in der Regel der 1. Schnitt geerntet, aber nicht überall abtransportiert.

Insbesondere „Wickelballen“ vom 1. Schnitt wurden dann doch noch durch die Flut mitgerissen und vernichtet. Somit kam es auf den überfluteten Flächen zum Totalausfall der Ernte, vor allem wenn das Wasser mehrere Tage oder gar Wochen auf dem Acker bzw. Grünland stand.

Alle Aufwendungen waren zu diesem Zeitpunkt getätigt und ein Totalverlust in den meisten Fällen vorprogrammiert. Der Bauernverband nahm in enger Zusammenarbeit mit den ALFF und dem MLU eine ständige Präzisierung der Schadenssumme vor.

## **3. Öffentlichkeitsarbeit**

Im Verlauf der Katastrophe häuften sich Anfragen regionaler und überregionaler Fernsehsender mit Fokus auf die Berichterstattung um bedrohte Tierbestände. Eine Vermittlung von Drehorten wurde seitens des Bauernverbandes abgelehnt. Beiträge entstanden nach Eigenrecherche der Redaktionen mit Zuarbeit von Faktenmaterial aus dem Verband.

Im Zuge der weiteren Diskussionen folgten zwei Pressemitteilungen zur Positionierung gegenüber der vor allem aus dem Naturschutzlager aufkeimenden Forderung nach mehr Raum für Flüsse.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass insbesondere der mdr Hörfunk eine ausführliche und weitestgehend objektive Berichterstattung vorgenommen hat. Der Hörfunk war für viele Betroffene in abgeschnittenen Gebieten oft die einzige Informationsquelle.

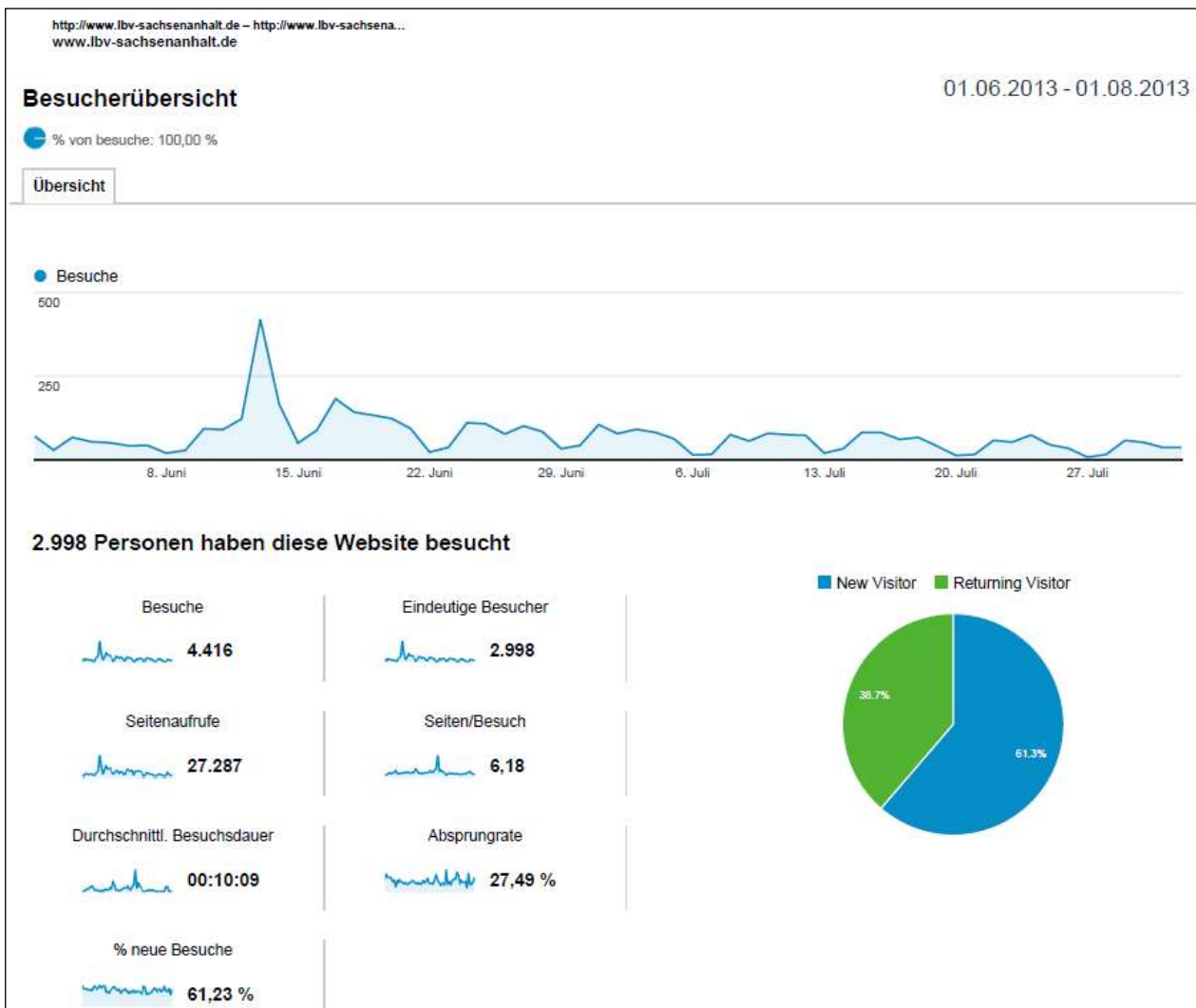
Auf eine Fakt ist...!-Sendung des MDR (u.a. „Landwirtschaft versiegelt“) wurde mit einem Brief an die zuständige Redakteurin reagiert. Prof. Schumann brachte in einem Auswertungsgespräch auf Einladung der Magdeburger Funkhauschefin mit Fernseh- und Rundfunkredaktionen seine Kritik an.

In weiteren Aktivitäten (z.B. Rückführung der Heinrichsberger Kühe oder Futterspenden) wurde vornehmlich auf die Solidarität im Berufsstand gedeutet und über die große Betroffenheit der Landwirtschaft informiert. Die Höhe der versprochenen staatlichen Entschädigung wurde im Verlauf der Aktivitäten von zunächst 40/50% auf bis zu 80% angehoben.

Drei Pressetermine mit dem DBV unter Teilnahme von Dr. Born (2x) und Präsident Rukwied sowie dem Vorstand der Rentenbank, Dr. Reinhardt in Zahna, Fischbeck, Lödderitz und jeweiliger Umgebung hatten die Spendenaktion der Schorlemerstiftung zum Inhalt. Mit Spendenaufruf, erster Scheckübergabe und Danksagung wurde ein großer Geldzulauf zur Stiftung erreicht. Die mediale Präsenz war eher regional in Sachsen-Anhalt, in der Fachpresse auch überregional.

Überregional gab es zwei Diskussionsrunden im „Phönix“, die vom Bauernverband besetzt und sehr objektiv geführt wurden.

Die interne Kommunikation lief vor allem telefonisch und persönlich sowie über Rundschreiben. Als weiterer wichtiger Punkt stellte sich die Internetseite des Verbandes dar. Informationen und Verlinkungen sowie die eingerichtete Hilfsbörse wurden überproportional stark besucht.



#### 4. Solidarische Hilfe

Von Beginn der Hochwasserereignisse gab es eine große Bereitschaft der Bauern und der gesamten Bevölkerung, Betroffenen Hilfe und Unterstützung zu geben. Der Bauernverband hat unter Nutzung seiner Strukturen auf eine Kombination von örtlicher, regionaler und zentraler Hilfe gesetzt.

Die planmäßige Beratung des Präsidiums des Bauernverbandes am 19. Juni 2013 in Bernburg-Strenzfeld wurde genutzt, um ausgiebig über die Schadensereignisse zu informieren und die notwendigen Hilfsmaßnahmen zu koordinieren.

Das Grundprinzip der Hilfeleistung wurde nach dem Prinzip: Region – Kreis – Land für Futter, Stroh und die Übernahme pensionierter Tiere bestätigt.

Jeder der nicht unmittelbar materielle Hilfe leisten konnte, wurde zu einer finanziellen Spende in die eigens für die Hochwasserhilfe eingerichtete Schorlemer Stiftung aufgerufen.

Ein enormer Spendenzufluss auf das Spendenkonto der Stiftung von insgesamt rund 2,7 Mio. Euro von 3.500 Spendern ist ein beredtes Zeugnis großer Solidarität.

Nachbarschaftshilfe, regionale Unterstützung und Koordinierung durch Kreisbauernverbände wurden ergänzt durch Futterbörsen von LKV, RSA, ÄLFF und den Landesbauernverbänden Brandenburgs, Thüringens, Sachsens und Sachsen-Anhalts.

Die Internetbörse des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt war ab 13. Juni 2013 geschaltet für die Rubriken FUTTER, STROH, ARBEITSKRÄFTE, TECHNIK. Über die Nutzung der Angebote kann keine Aussage getroffen werden, da die Kommunikation direkt zwischen Anbieter und Nachfrager lief. Insgesamt war das im Internet veröffentlichte Angebot höher, als die gemeldete Nachfrage. Angebote gingen überwiegend aus der Region ein, zu einem großen Teil auch aus anderen Bundesländern.

Angebote Futter: 47	Gesuche Futter: 5
Angebote Stroh: 21	Gesuche Stroh: 1
Angebote Arbeitskräfte: 1	Gesuche Arbeitskräfte: 0
Angebote Technik: 1	Gesuche Technik: 2

Die Plattform soll am 30.09.2013 geschlossen werden, da inzwischen alle Betriebe entsprechend Vereinbarungen getroffen haben.

Die Futtermittelversorgung unmittelbar nach dem Schadensereignis wurde auch durch überregionale Spenden insbesondere vom Westfälisch-Lippischen-Bauernverband unterstützt. Die Organisation der regionalen Verteilung übernahm dankenswerter Weise die Agrar Genossenschaft in Calbe.

#### 5. Schorlemer Stiftung

Aus den Erfahrungen des Hochwassers 2002 wurde zur Nutzung der Spendenbereitschaft, zur Verwaltung und Verteilung der Spendengelder bei der Schorlemer Stiftung des DBV ein Spendenkonto Hochwasserhilfe 2013 eingerichtet.

Der Aufruf erfolgte dazu am 10. Juni im Elbe-Elsterwinkel durch den Generalsekretär des DBV, Dr. Born, im Beisein betroffener Landwirte vor zahlreichen Pressevertretern.

In der Folge wurde ein Kuratorium zur Beaufsichtigung des Spendenkontos berufen und eine Satzung verabschiedet.

Ein relativ einfacher und unbürokratischer Antrag konnte über die Landesbauernverbände zum DBV eingereicht werden.

Alle Spendengelder sind ohne Abzug von Verwaltungskosten voll den Hochwasseropfern zugeflossen. Betriebe aus Sachsen-Anhalt haben nach gegenwärtigem Stand 1.480.550 Euro an Spendengeldern erhalten.

Anlage 1 und 2 geben eine Übersicht nach Kreisen und Einzelempfängern. Bei der Bestätigung der Anträge den Bauernverband Sachsen-Anhalt wurden auch die Anträge zahlreicher Landwirte, die nicht Mitglied im BV sind bestätigt.

Die Verteilung der Spenden bereits ab Juli hat bei den betroffenen Landwirten eine sehr positive Resonanz ausgelöst. Die gesamte Spendenaktion wird am 30.09.2013 zum Abschluss gebracht und kann als großer Erfolg der Solidarität verbucht werden.

## 6. Staatliche Hilfen

Von Beginn der Hochwasserereignisse wurde durch die politisch Verantwortlichen und die staatliche Verwaltung Unterstützung zugesagt und zum Teil bisher auch realisiert. Besondere politische Ereignisse im Jahr 2013 (Wahlen zum Bundestag) beförderten die Bereitschaft zur Unterstützung betroffener Landwirte und Bürger. Einen Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung nach Naturkatastrophen gibt es nicht.

Durch die Landesregierungen in den betroffenen Ländern sowie durch Mitwirkung der Bundesregierung und des Bundesrates wurde ein Hilfsfond von 8 Mrd. Euro zur Behebung der Schäden und die Unterstützung betroffener Unternehmen und Bürger aufgelegt.

Die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen wurden vom Bundestag und Bundesrat noch vor der Sommerpause verabschiedet.

Für die Landwirte in Sachsen-Anhalt sind drei staatliche Hilfsprogramme relevant.

1. die Soforthilfe von 5.000 € je Betrieb
2. ein Rekultivierungsprogramm (gibt es nur in Sachsen-Anhalt)
3. eine Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung des Hochwasserschadens 2013

Folgender Stand der Antragstellung und Abarbeitung ist per 12.09.2013 im Bereich Landwirtschaft des MLU zu verzeichnen.

1. Soforthilfe: 803 Antragsteller  
724 bewilligte Anträge mit 2.799.863 €  
67 abgelehnte Anträge
2. Rekultivierungshilfe: 567 Antragsteller mit 50.700 ha Antragsfläche  
8.130.000€ Antragsvolumen  
Durchschnittliche Zahlung = 160 €/ha
3. Entschädigung im Hauptverfahren  
bisher: 238 Antragsteller  
35 bewilligte Anträge mit 1.945.000 € Volumen  
davon 853.000 € ausgezahlt

Aus den Anträgen zur Soforthilfe und im Hauptverfahren wurden nebenstehende Kulturen zum Schadenersatz angemeldet.

Die Schadenshöhe der einzelnen Kulturen wurde in einer ersten Veröffentlichung durch die LLFG und das MLU vom 05.07.2013 in durchaus vertretbarer Höhe festgelegt. Diese Werte wurden in einer zweiten nunmehr gültigen Tabelle vom 23.08.2013 (Anlage 3) erheblich nach unten korrigiert.

Durch den Bauernverband wurde gegen die Tabelle vom 23.08. Widerspruch eingelegt.

Vor allem die nicht nachvollziehbare Ungleichbehandlung einzelner Kulturen hat unseren Widerspruch hervorgerufen.

So werden die Sätze für Weizen auf 75% reduziert, für Roggen auf 51,6% und für Silomais auf 66%. Ebenso wurden die Schadensbeträge für Grünland halbiert.

Auch unter Anrechnung des Rekultivierungsprogramms halten wir die neuen Schadensbeträge insbesondere für Roggen, Silomais und Grünland für nicht gerechtfertigt.

Bei Silomais muss eine Ersatzbeschaffung vorgenommen werden, weil die tierhaltenden Betriebe und Biogasanlagenbetreiber diesen Mais benötigen.

Die Ersatzbeschaffungskosten einschließlich der dafür notwendigen Eigenleistungen müssen Bestandteil der Entschädigung sein.

Hartweizen (Durum), Sommerweizen	230 ha
Winterweizen	9.210 ha
Winterroggen	819 ha
Sommergetreide	433 ha
Wintergerste	2.449 ha
Triticale	510 ha
Körnermais	660 ha
Mischanbau Silomais	51 ha
Erbsen, Bohnen usw.	242 ha
Winterraps	2.578 ha
Kartoffeln	67 ha
Zuckerrüben	827 ha
Silomais	3.666 ha
Klee, Klee gras, Luzerne	1.343 ha
Wiesen und Weiden	36.342 ha
Summe	<u>59.427 ha</u>

## 7. Vorläufige Schlussfolgerungen

1. Hochwasserereignisse, wie das sogenannte „Jahrhunderthochwasser 2002“ können sich viel schneller wiederholen als zunächst angenommen. Wir müssen uns im Zuge des Klimawandels auf häufiger wiederkehrende Ereignisse einstellen.
2. Alle in den letzten Jahren erneuerten Deiche haben dem enormen Hochwasserdruck des Hochwassers 2013 standgehalten. Die Deichsanierung muss beschleunigt fortgeführt werden. Insbesondere Planverfahren sollten deutlich beschleunigt werden und von unnötigen Widerspruchsverfahren befreit werden.
3. Die Deichverteidigungswege gehören zum Hochwasserschutz und sollten jederzeit für Einsatzfahrzeuge benutzbar sein. Auch die Deichpflege sollte ausschließlich nach Erfordernissen des Hochwasserschutzes erfolgen. Überzogene Anforderungen aus dem Umweltbereich stehen den Schutzfunktionen in vielen Fällen entgegen. Umweltaspekte können an Hochwasserschutzanlagen nur eine ergänzende Funktion übernehmen.
4. Starkregenereignisse, die sich offenbar im Zuge des Klimawandels häufiger ergeben, erfordern eine stärkere Regulierung in den Entstehungsgebieten von Hochwasser. Dazu gehören insbesondere die Wasserrückhaltung und gesteuerte Ableitung aus versiegelten Flächen, insbesondere aus Gewerbegebieten. Die tägliche Versiegelung von rund 80 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in Deutschland bringt eine enorme Zusatzbelastung an Wasserabfluss.
5. Hochwasser muss in den Oberläufen von Flüssen und Bächen, in den Mittelgebirgen reguliert werden. Dort fallen die stärksten Niederschläge und ein Fluss im Oberlauf lässt sich durch Rückhaltebecken regulieren. Die Elbe oder Saale im Mittel- und Unterlauf ist bei Hochwasser nicht mehr zu regulieren. Die Plangenehmigungsverfahren für solche Vorhaben müssen deutlich beschleunigt und mit Abschlussfristen umgesetzt werden.
6. Die vorhandenen Talsperren und Rückhaltebecken in den Mittelgebirgen Mitteldeutschlands sowie angrenzend in Bayern, Tschechien und Polen werden inzwischen kommerziell genutzt und erfüllen nur noch bedingt eine Hochwasserschutzfunktion. Die Bewirtschaftungskonzepte sollten einer Prüfung und Orientierung am Hochwasserschutz unterzogen werden.
7. Flüssen im Mittel- und Unterlauf kann durch die Einrichtung von Polderflächen kontrolliert mehr Raum gegeben werden. Dafür sind die notwendigen Baumaßnahmen auch an der Infrastruktur beschleunigt durchzuführen. Einrichtung und Flutung eines Polder setzt eine klare gesetzliche Regelung zum 100 % igen Schadensersatz voraus. Bewirtschaftungsvorschriften, wie etwa die zwangsweise Umwandlung fruchtbarer Aueböden in Grünland, dürfen mit der Einrichtung von Polderflächen nicht verbunden sein. Nur so kann eine Bereitschaft bei Landwirten und Bodeneigentümern schnell erreicht werden.
8. Die Organisationsstruktur des Hochwasserschutzes sowie aller Bau-, Pflege- und Instandhaltungsmaßnahmen über den Landesbetrieb für Hochwasserschutz (LHW) und für die Gewässer 2. Ordnung über die Unterhaltungsverbände (UHV) bedarf einer dringenden Revision. Die Zusammenarbeit zwischen LHW und UHV ist in vielen Fällen schlecht koordiniert und generell nicht geregelt. Der LHW als nachgeordnete Einrichtung des MLU ist nicht ausreichend flexibel und die Strukturen im LHW sind ineffizient. Die personelle Besetzung in einigen Flussbereichen bedarf einer Überprüfung.
9. Die Entschädigungssätze im Hauptverfahren der Entschädigungszahlung sind in der Veröffentlichung vom 23.08.13 gegenüber der Erstveröffentlichung vom 05.07.13 deutlich abgesenkt und unausgewogen. Die Zustimmung des BV zu einer einheitlichen Anwendung von gleichen Sätzen, unabhängig vom Standort, bezog sich auf die Sätze vom 05.07.13. Insbesondere die Entschädigungssätze für Roggen, Silomais und Grünland in der Version vom 23.08.13 bedürfen einer dringenden Anhebung. Die Ersatzbeschaffung von Futter für die Tierbestände ist mit den jetzt angewandten Sätzen nicht möglich. Im Interesse des Geldflusses in die geschädigten Betriebe, empfehlen wir den Verzicht auf Rechtsmittel unter Vorbehalt (siehe RS-Nr. 24).